

COVID-19 und soziale Ungleichheit – Thesen und Befunde

Autoren

David Dohmen
Katrin Schmelz

Datenschutz in der (Corona-)Krise: Selbstbestimmung und Vertrauen im Fokus

Abstract

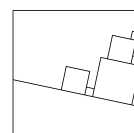
Die Nutzung von persönlichen Daten der Bürger:innen bietet enormes Potential für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen. Doch das Thema wird kontrovers diskutiert – von Corona-Apps und Bewegungsdaten bis hin zur Vorratsdatenspeicherung. Datenschutz hat in Deutschland einen sehr hohen Stellenwert, doch unsere repräsentative Befragung zeigt: Wenn auf Freiwilligkeit statt auf Zwang gesetzt wird, ist die Bevölkerung eher bereit, Daten zur Verfügung zu stellen. Die Datennutzung sollte daher die informationelle Selbstbestimmtheit der Bürger:innen achten und für sie oder andere einen konkreten Nutzen erkennen lassen. Neben diesen Faktoren ist das Vertrauen in öffentliche Institutionen zentral, um breite Zustimmung zur Nutzung persönlicher Daten zu gewährleisten – in Krisenzeiten und darüber hinaus.



Weitere Policy Papers des Clusters
„The Politics of Inequality“
→ [www.progressives-zentrum.org/
covid-19-und-soziale-ungleichheit](http://www.progressives-zentrum.org/covid-19-und-soziale-ungleichheit)



Cluster of Excellence
The Politics of Inequality



Zur Umfrage

In diesem Papier legen wir Ergebnisse einer deutschlandweiten Befragung des Konstanzer Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“ vor, die im April/Mai 2020 mit 4.800 Befragten durchgeführt wurde. Wir betrachten auch Erkenntnisse aus einer Panel-Befragung, bei der 2.635 Befragte aus dieser ersten Welle erneut an einer zweiten Erhebung im Oktober/November 2020 teilgenommen haben. Die beiden Befragungen fallen zeitlich mit den ersten beiden Lockdowns und Corona-Wellen in Deutschland zusammen. Informationen über das Umfrageprogramm des Exzellenzclusters finden sich unter:
exc.uni-konstanz.de/ungleichheit/forschung/covid-19-und-soziale-ungleichheit-umfrage-programm/

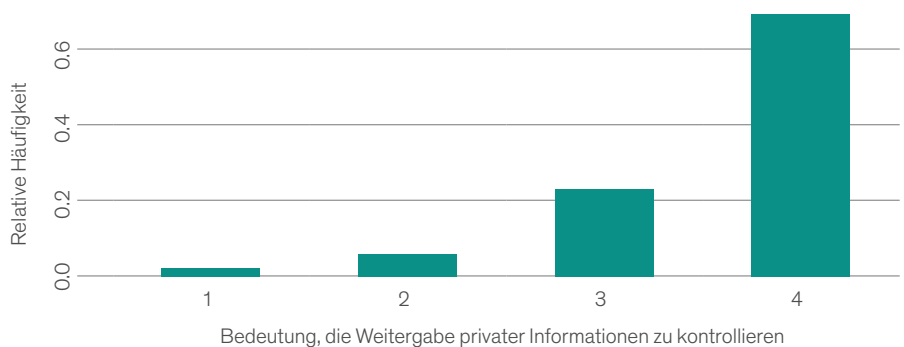
Einleitung

Freiheit und Selbstbestimmtheit gehören zu den Grundwerten westlich-liberaler Demokratien. In der Corona-Krise gerät die informationelle Selbstbestimmtheit (d. h. die Selbstbestimmung über die Nutzung persönlicher Daten) jedoch in Abwägung gegen Gesundheits- und Bevölkerungsschutz immer wieder unter Druck. Beispiele sind die Nutzung von Mobilfunkdaten mittels Corona-Warn-Apps, die Auswertung von Bewegungsdaten, das Erfassen von Aufenthaltsdaten in Restaurants oder auch die breit angelegte Auswertung von Gesundheitsdaten, wie etwa in Israel und anderen Ländern. Aber auch darüber hinaus steht die informationelle Selbstbestimmtheit im Rahmen der Datenvielfalt der digitalisierten Welt in Frage – beispielsweise bei der Speicherung von Fluggastdaten oder der Vorratsdatenspeicherung. In einer schwierigen Abwägung von Werten wird dabei zum Teil der Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung oder dem Gesundheits- bzw. Bevölkerungsschutz der Vorzug gegeben. Dennoch berührt die jeweilige Datennutzung sensible Bereiche der persönlichen Freiheit, die viele Menschen mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verbinden, und wird daher kontrovers wie emotional diskutiert. Auch in anderen westlichen Demokratien wird diese Debatte intensiv geführt – nicht zuletzt in der Schweiz, Frankreich, Großbritannien, Israel und den USA.

Für die Wirksamkeit und politische Akzeptanz entsprechender Maßnahmen ist entscheidend, wie Bürger:innen Eingriffe in ihre informationelle Selbstbestimmtheit und Privatsphäre wahrnehmen. Die vorliegende deutschlandweite Befragung untersucht, wie Menschen zur Verwendung ihrer persönlichen Daten stehen – und welche Rolle Einschränkungen der Selbstbestimmtheit, Verwendungszweck und verschiedene sozioökonomischen Faktoren dabei spielen. In Bezug auf letztere betrachten wir die Auswirkungen von Ungleichheitsdimensionen wie z. B. Alter, Bildung, Einkommen, politischer Einstellung oder, im Kontext der Corona-Pandemie, die Zugehörigkeit zu Risikogruppen. Zudem betrachten wir die Rolle des Vertrauens in öffentliche Institutionen und die persönliche Bedeutung der informationellen Selbstbestimmtheit.

Informationelle Selbstbestimmtheit ist Befragten sehr wichtig

Wenn es um die Nutzung privater Daten geht, sind nicht nur die datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen relevant. In einem demokratischen Staat stellt zumeist auch die Selbstbestimmtheit der Bürger:innen ein hohes Gut dar – im Kontext der Verwendung persönlicher Daten betrifft dies insbesondere die informationelle Selbstbestimmtheit. Gefragt danach, wie wichtig es ihnen sei, die Weitergabe persönlicher Informationen kontrollieren zu können, stuften 92 Prozent der Befragten die Bedeutung ihrer informationellen Selbstbestimmtheit als wichtig bis sehr wichtig ein.

**Abbildung 1:**

Persönliche Bedeutung der informationellen Selbstbestimmtheit (von 1 [gar nicht wichtig] bis 4 [sehr wichtig]).

Negative Emotionen gegenüber der Verwendung persönlicher Daten

In vier unterschiedlichen Szenarien zur Verwendung von mobilen Kontakt- und Bewegungsdaten gaben die Befragten an, wie unangenehm ihnen eine Datennutzung jeweils sei, wenn diese mit oder ohne ihre Zustimmung geschehen würde. Die Ergebnisse in Abb. 2 zeigen: Negative Emotionen sind geringer ausgeprägt, wenn die Daten mit aktiver Zustimmung erfasst und verarbeitet werden – wenn also die informationelle Selbstbestimmtheit respektiert wird.

Abbildung 2:

Negative Emotionen bei Datennutzung in Abhängigkeit von Zustimmung und Verwendungszweck.

- Überhaupt nicht unangenehm (0)
- Sehr unangenehm (4)

In vier Szenarien gaben die Befragten an, wie unangenehm sie eine Datennutzung empfinden, wenn diese erfolgt, ...

- Eigennutz** ... um sie selbst zu informieren, dass Kontakt zu einer infizierten Person bestand;
- Nutzen für andere** ... um andere zu informieren, dass Kontakt zu einer infizierten Person bestand;
- Genereller Nutzen** ... um herauszufinden, inwiefern Kontaktbeschränkungen allgemein eingehalten werden;
- Unspezifischer Nutzen** ... um Daten zu speichern und später auszuwerten, ohne Angabe der Verwendung.

Dargestellt ist jeweils die Verteilung der Antworten abhängig davon, ob eine Datennutzung mit/ ohne eigene Zustimmung erfolgt. Die Abschnitte in blau zeigen den Prozentsatz der Menschen, die eine Datennutzung (eher) nicht als unangenehm empfinden, und grün dargestellt ist der Prozentsatz, der diese als (sehr) unangenehm empfindet.

Szenario 1: Eigennutz



Szenario 2: Nutzen für andere



Szenario 3: Genereller Nutzen



Szenario 4: Unspezifischer Nutzen



Hinsichtlich des Verwendungszwecks empfinden die Bürger:innen eine Datennutzung als weniger negativ, wenn ein unmittelbarer Nutzen für sie selbst (Szenario 1) und/oder für andere Personen erkennbar ist (Szenario 2). Erstaunlicherweise rechtfertigt der konkrete Nutzen für andere Menschen die Verwendung persönlicher Daten genauso wie Eigennutz. Für die Reaktion auf die Datennutzung ist also nicht nur die Eigenperspektive relevant. Stärkere negative Emotionen zeigen sich hingegen im Falle einer generelleren Datenverwendung (Szenario 3) und sind am stärksten ausgeprägt, wenn ein spezifischer Zweck fehlt (Szenario 4).

Zwar erscheint die Datennutzung zum eigenen Nutzen (Szenario 1) weniger problematisch. Es ist jedoch hervorzuheben, dass die Verwendung persönlicher Daten generell bei den Nutzer:innen negative Emotionen auslöst, selbst wenn ihr zugestimmt wird und Vorteile deutlich werden (siehe Abb. 2): Auch wenn sie selbst davon profitieren (Szenario 1), empfinden insgesamt 28 Prozent der Befragten die Nutzung ihrer Daten trotz Zustimmung als eher oder sehr unangenehm (grüner Bereich). Bei nur einem Drittel der Befragten löst eine Datennutzung im eigenen Interesse und mit aktiver Zustimmung keine negativen Emotionen aus. In den anderen Verwendungsszenarien zeigt sich ein vergleichbares Muster. Insbesondere im Falle generellen oder unspezifischen Nutzens liegen die negativen Emotionen jedoch auf deutlich höherem Niveau.

Was erklärt die negativen Emotionen gegenüber der Nutzung persönlicher Daten?

Der informationellen Selbstbestimmtheit kommt in diesem Zusammenhang neben dem Vertrauen die größte Bedeutung zu. Dies zeigen die drei Hauptergebnisse der Datenanalyse (siehe Abb. 3):

1. Wenn persönliche Daten ohne Zustimmung verwendet werden, zeigen die Befragten in allen Szenarien stärker ausgeprägte negative Emotionen im Vergleich zu Fällen mit aktiver Zustimmung. Der Unterschied zwischen der Datennutzung mit und ohne Zustimmung ist größer, wenn ein spezifischer Nutzen für eine Person selbst oder andere erkennbar ist. Aktive Zustimmung geht also mit umso weniger negativen Emotionen einher, je konkreter und persönlich relevanter die Datenverwendung ist.
2. Die persönliche Bedeutung der informationellen Selbstbestimmtheit ist fundamental: Je stärker diese ausgeprägt ist, desto negativer empfinden die Bürger:innen die Verwendung persönlicher Daten. Dies ist umso mehr bedeutsam, wenn kein genauer Verwendungszweck der Datennutzung angegeben wird (Szenario 4).
3. Je geringer das Vertrauen in öffentliche Institutionen, desto unangenehmer empfinden Menschen die Verwendung ihrer persönlichen Daten. Dies untermauert die grundlegende Rolle des Vertrauens in öffentliche Institutionen wie Regierung und Wissenschaft.

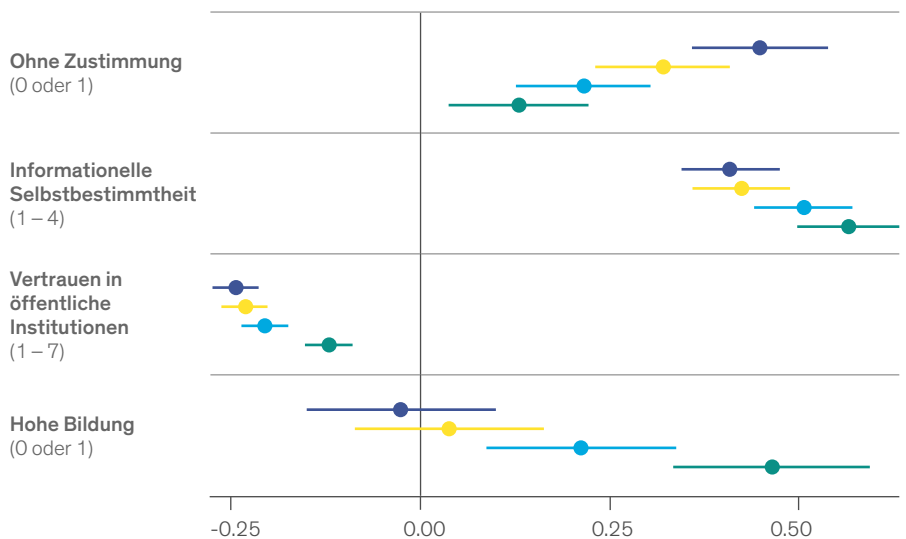
Abbildung 3:

Veränderung negativer Emotionen auf die Datennutzung aufgrund ausgewählter kritischer Einflussfaktoren.

- Szenario 1: Eigennutz
- Szenario 2: Nutzen für andere
- Szenario 3: Genereller Nutzen
- Szenario 4: Unspezifischer Nutzen

Die Veränderung eines einzelnen Faktors um 1 Punkt (Bereiche der Faktoren in Klammern) verschiebt die negative Emotion im Durchschnitt um den dargestellten Skalenwert nach unten (Minusbereich) oder oben (Plusbereich).

Beispiel: Bei Befragten, die die Bedeutung ihrer informationellen Selbstbestimmtheit mit „2“ Punkten angeben, liegt die durchschnittliche negative Emotion im Skalenwert um 0,4 höher als bei jenen, die „1“ angeben. Die horizontalen Balken stellen die statistischen Unsicherheitsbereiche dar.



Darüber hinaus steht das Ausmaß negativer Emotionen in Zusammenhang mit verschiedenen Facetten von Ungleichheit: Ältere Bürger:innen und solche, die einer Risikogruppe angehören, reagieren auf die Datennutzung zur Eindämmung des Coronavirus grundsätzlich weniger negativ. Bürger:innen mit höherer Bildung empfinden die generelle und unspezifische Verwendung ihrer Daten als deutlich negativer (Szenarien 3 und 4). Dagegen spielt der Bildungshintergrund für die Akzeptanz einer konkreten Datenverwendung keine Rolle (Szenarien 1 und 2).

Herauszuheben ist auch, dass die politische Einstellung an sich offenbar keine Rolle für die Reaktion auf eine Datennutzung in allen vier Szenarien spielt. In sozialer Hinsicht zeigt sich, dass Menschen mit einer höheren Bereitschaft anderen zu helfen die Nutzung ihrer Daten zum Vorteil ihrer Mitmenschen (Szenario 2) als weniger unangenehm empfinden.

Im selben Online-Survey haben wir gefragt, inwieweit die Teilnehmer:innen einverstanden wären, eine Corona-Warn-App selbst zu benutzen, wenn... (1) sie von der Regierung dringend empfohlen wird, aber freiwillig bleibt, und (2) sie verpflichtend ist und kontrolliert wird. Die Antworten lagen auf einer Skala von 0 („überhaupt nicht einverstanden“) bis 4 („voll und ganz einverstanden“). Diese Frage konnten wir in einer Wiederholungsbefragung zu Beginn des zweiten Lockdowns in Deutschland nochmals den gleichen Personen stellen. Die Ergebnisse beziehen sich auf 2635 Befragte, die an beiden Erhebungen teilgenommen haben.

Bereitschaft zur Nutzung der Corona-Warn-App

Bisher haben wir das subjektive Empfinden bei der Fremdnutzung persönlicher Daten betrachtet. Doch was bedeuten diese Erkenntnisse für die Bereitschaft, persönliche Daten tatsächlich freizugeben? Um einen Eindruck der Handlungsbereitschaft zu bekommen, betrachten wir beispielhaft das Einverständnis zur Nutzung der Corona-Warn-App.

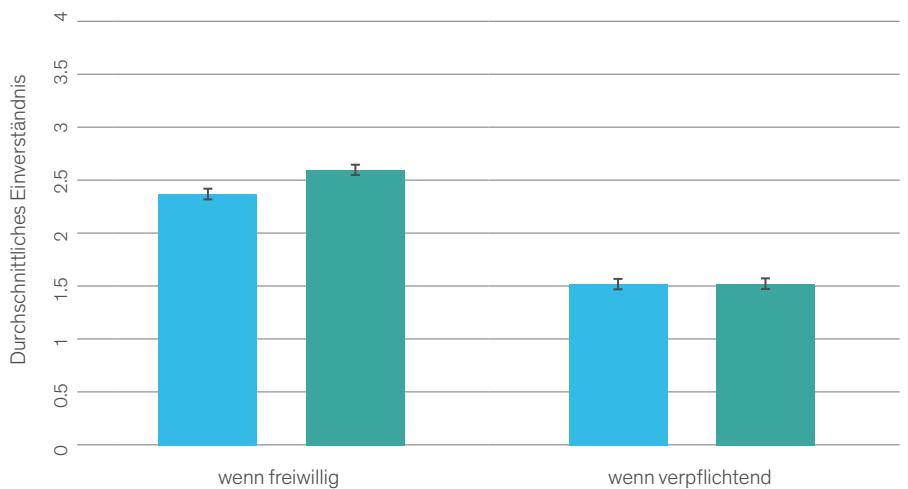
Im Durchschnitt ist die freiwillige Bereitschaft zur Nutzung der App deutlich höher als das Einverständnis im Falle der Verpflichtung. Diese Haltung ist sehr stabil, die Ergebnisse der ersten und zweiten Erhebung unterscheiden sich kaum (siehe Abb. 4) – allein die Bereitschaft im Falle der Freiwilligkeit ist leicht gestiegen.

Abbildung 4:

Durchschnittliches Einverständnis zur Nutzung der Corona-Warn-App, wenn diese freiwillig oder verpflichtend ist.

Die Fehlerbalken stellen Vertrauensintervalle dar. Die ‚wahre‘ durchschnittliche Zustimmung liegt dabei mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent innerhalb dieser Spanne. Ihre geringe Größe bedeutet, dass die Durchschnittswerte sehr genau geschätzt sind.

- 1. Welle (April/Mai)
- 2. Welle (Oktober/November)



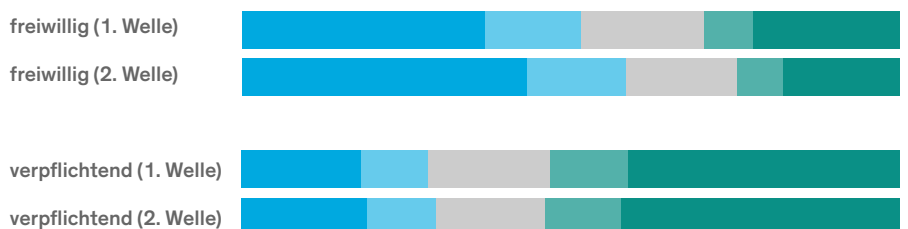
In der ersten Welle waren 37 Prozent der Befragten voll und ganz einverstanden, die App freiwillig zu nutzen (dunkelblauer Abschnitt im obersten Balken von Abb. 5). Diese Zahl deckt sich mit den tatsächlichen Downloads der Corona-Warn-App innerhalb der ersten 6 Wochen, gemessen an der Zahl kompatibler Handys in Deutschland. Bis zur zweiten Welle zeigt sich ein leichter Anstieg auf 43 Prozent, während etwa 22 Prozent in der ersten und 18 Prozent in der zweiten Welle überhaupt nicht zu einer freiwilligen App-Nutzung bereit waren (dunkelgrüne Abschnitte in beiden oberen Balken). Die Befragten zur App-Nutzung zu verpflichten, wäre aussichtslos: Weniger als 20 Prozent wären in einem solchen Fall uneingeschränkt zur Nutzung der App bereit (dunkelblaue Abschnitte in den unteren beiden Balken), während der starke Widerstand in beiden Wellen stabil bei über 40 Prozent liegen würde (dunkelgrüne Abschnitte in den unteren beiden Balken).

Abbildung 5:

Verteilung der Antworten zur Nutzung einer Corona-Warn-App für die beiden Fälle, dass diese freiwillig oder verpflichtend ist, in beiden Erhebungswellen. Die Abschnitte in blau zeigen den Prozentsatz der Menschen, die (eher) einverstanden wären. Grün dargestellt ist der Prozentsatz, der (eher) nicht einverstanden wäre.

- Voll und ganz einverstanden (4)
- Überhaupt nicht einverstanden (0)

Einverständnis zur Nutzung der Corona-Warn-App, wenn...



Was erklärt die Bereitschaft zur Nutzung der Corona-Warn-App?

Die größte Vorhersagekraft hat das Vertrauen in öffentliche Institutionen: Je höher dieses Vertrauen, desto größer die Bereitschaft zur Nutzung der App. Dieser Effekt zeigt sich auch auf individueller Ebene: Bei Menschen, die zwischen den beiden Lock-downs in Deutschland Vertrauen in die Regierung verloren haben, ist die Bereitschaft zur Nutzung der App gesunken.

Mangelndes Vertrauen kann nicht durch Verpflichtung ausgeglichen werden, denn der Vertrauenseffekt ist im Falle der Verpflichtung noch stärker als bei Freiwilligkeit. Zudem verringert sich die Bereitschaft im Falle einer App-Pflicht, wenn diese als Einschränkung der Entscheidungsfreiheit wahrgenommen wird. Je mehr die Befragten davon überzeugt sind, dass die Corona-Warn-App wirksam ist, desto eher sind sie zur Nutzung bereit.

Altruistische Menschen sind eher zur Nutzung der App bereit. Befragte mit höherer Bildung sind eher einverstanden, die App zu verwenden, als Befragte mit niedrigerem Bildungshintergrund. Zudem spielt das Risiko einer möglichen Corona-Infektion eine Rolle. Menschen, die einer Risikogruppe angehören, stehen der App positiver gegenüber. Ähnlich ist der Einfluss der wahrgenommenen lokalen Corona-Situation: Je kritischer die Befragten die lokale Situation einschätzten, desto eher gaben sie an, mit der App einverstanden zu sein.

Diskussion & Schlussfolgerungen

Die Betrachtung der emotionalen Reaktionen auf die Verwendung persönlicher Daten zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Akzeptanz staatlicher Maßnahmen (z. B. der Einführung der Corona-Warn-App oder der Auswertung genereller Mobilfunkdaten) führt eindrücklich und beispielhaft vor Augen, wie schwierig sich die Abwägung zwischen informationeller Selbstbestimmtheit und Datennutzung im öffentlichen Interesse gestaltet. Dies betrifft die politischen und behördlichen Entscheidungsträger:innen genauso wie gesellschaftliche Diskurse. Hinsichtlich dieser Abwägung von Werten lassen sich die folgenden allgemeinen Schlussfolgerungen ziehen:

Einstellungen: Vertrauen und individuelle Bedeutung der informationellen Selbstbestimmtheit. Vertrauen in öffentliche Institutionen ist eine Grundvoraussetzung für die Akzeptanz politischer Maßnahmen, die in die Privatsphäre von Bürger:innen eingreifen. Ist dieses nicht gegeben, werden Eingriffe als negativer empfunden. Dies gilt für die Corona-Warn-App und lässt sich auf Debatten um Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung und weitere übertragen. Darüber hinaus ist die individuelle Bedeutung informationeller Selbstbestimmtheit fundamental: Wird diese als sehr wichtig empfunden (was bei einem Großteil der Befragten der Fall ist), so löst die Verwendung privater Daten deutlich negativere Emotionen aus. Das gilt auch, wenn die Verwendung im öffentlichen oder sogar eigenen Interesse ist. Aus diesen Gründen kommt dem institutionellen Rahmen der Datennutzung eine wesentliche Bedeutung zu, da er die Bedingungen für Mitbestimmung definiert und Vertrauen sich darauf bezieht.

Institutioneller Rahmen: Freiwillige Zustimmung versus Verpflichtung bzw. Zugriff ohne Einwilligung. Freiwilligkeit und aktive Zustimmung zur Verwendung persönlicher Daten gehen grundsätzlich mit wesentlich höherer Akzeptanz, d. h. niedrigeren negativen Emotionen und höherer Neigung, sich zu beteiligen einher. Dabei ist auch der ausgewiesene Verwendungszweck wichtig: Eine Verwendung von Daten mit konkretem Nutzen für eine Person selbst oder andere wird als weniger negativ empfunden als ein allgemein-gesellschaftlicher und insbesondere ein unspezifischer Nutzen.

Dennoch gibt es Situationen, in denen die politische Analyse darüber hinaus auch Einschränkungen berücksichtigen muss: Wenn eine sehr hohe Beteiligung oder Datenvollständigkeit erreicht werden soll und die Gefahr besteht, dass kritische Daten fehlen oder verschleiert werden, kann Freiwilligkeit an Grenzen stoßen (so würden z. B. Kriminelle nicht freiwillig der Vorratsdatenspeicherung zustimmen). Dies bedarf dann jedoch einer gesonderten Evaluation unter ethischen Gesichtspunkten sowie der praktischen Umsetzungsmöglichkeiten (Durchsetzungsfähigkeit).

Handlungsempfehlungen

Für die deutsche Lösung der Corona-Warn-App wird eine Erhöhung der Akzeptanz und Teilnahmezahlen zur Pandemiebekämpfung als notwendig erachtet. Auch andere diskutierte staatliche Maßnahmen wie digitale Impfpässe oder die Vorratsdatenspeicherung können von einer erhöhten Akzeptanz deutlich profitieren. Dafür sind die folgenden Erfolgsfaktoren zentral:

1. Eine Gestaltung staatlicher Maßnahmen, die die informationelle Selbstbestimmtheit achtet, wird von Bürger:innen deutlich positiver wahrgenommen. Eine aktive Zustimmung zur Datennutzung wird beispielsweise durch die deutsche, auf Freiwilligkeit basierende Lösung der Corona-Warn-App ermöglicht. Bei der viel diskutierten Vorratsdatenspeicherung liegen vergleichbare Schlüsse hinsichtlich der Bedeutung informationeller Selbstbestimmtheit nahe. Dennoch könnte hier die Abwägung unter Berücksichtigung öffentlicher Sicherheit anders ausfallen.
2. Das persönliche Vertrauen in öffentliche Institutionen wie Regierung und Wissenschaft spielt eine entscheidende Rolle dafür, wie die Verwendung persönlicher Daten wahrgenommen wird. Um negative Emotionen in Bezug auf entsprechende Eingriffe zu reduzieren, ist eine transparente und vertrauensfördernde Kommunikation fundamental.
3. In der Kommunikation sollte auch der Zweck der Datennutzung im Sinne der eigenen Person sowie im Interesse von Mitbürger:innen explizit herausgestellt werden, um negative Emotionen zu vermindern (Abb. 2). Darüber hinaus könnte es hilfreich sein, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass ein aktives Ablehnen der persönlichen Datenweitergabe auch eine aktive Entscheidung gegen den persönlichen und gesellschaftlichen Nutzen der entsprechenden Maßnahme ist.

4. Die Gestaltung und Vermittlung politischer Maßnahmen, die in die informationelle Privatsphäre und Selbstbestimmtheit eingreifen, sollte Ungleichheiten berücksichtigen. Denn auch wenn eine breite Akzeptanz in der Gesellschaft für eine Maßnahme vorhanden ist, so kann es große gesellschaftliche Unterschiede und daher Gruppen geben (z. B. mit besonders geringem Vertrauen in Institutionen), bei denen entsprechende Maßnahmen sehr negative Emotionen auslösen. Auch die individuelle Bedeutung der informationellen Selbstbestimmtheit sowie der Bildungshintergrund spielen eine entscheidende Rolle dafür, wie die Verwendung persönlicher Daten wahrgenommen wird. Wann immer möglich, sollten diese Unterschiede ernst genommen werden, denn auch Minderheiten mit großer Skepsis können bekanntlich zu lauten Stimmen in der Gesellschaft werden.

Autor:innen



David Dohmen

David Dohmen ist promovierter Verhaltensökonom und Psychologe – assoziiert mit dem Lehrstuhl für Angewandte Wirtschaftsforschung der Universität Konstanz sowie dem Thurgauer Wirtschaftsinstitut (TWI). Er forscht zum Umgang mit Daten in einer digitalisierten Welt, sozialen Präferenzen (u. a. Vertrauenswürdigkeit und Verteilungsentscheidungen) sowie zu Entscheidungs- und Denkprozessen.



Katrin Schmelz

Katrin Schmelz ist PostDoc am Lehrstuhl für Angewandte Wirtschaftsforschung an der Universität Konstanz und dem Thurgauer Wirtschaftsinstitut (TWI). Sie ist Diplom-Psychologin (Universität Jena) und hat am Max-Planck-Institut für Ökonomik in Jena in VWL promoviert. Für ihre Dissertation hat sie den Heinz-Saueremann-Preis zur experimentellen Wirtschaftsforschung erhalten. Ihre Forschungsinteressen sind der Zusammenhang zwischen (intrinsic) Motivation und Anreizen, und der Einfluss von Kultur und Institutionen auf Verhalten.

University of Konstanz
Cluster of Excellence
The Politics of Inequality

Universitätsstraße 10
78464 Konstanz
T +49 7531 88-5772
cluster.inequality@uni-konstanz.de

Vorstand:
Marius R. Busemeyer, Claudia Diehl,
Nils Weidmann
Geschäftsführung: Jessica Haase

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck
oder vergleichbare Verwendung von
Arbeiten des Progressiven Zentrums
auch in Auszügen ist nur mit vor-
heriger schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Cluster of Excellence
„The Politics of Inequality. Perceptions,
Participation and Policies“ und
Das Progressive Zentrum e. V.

Das Progressive Zentrum e. V.

V. i. S. d. P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e. V.
Werftstraße 3
10577 Berlin
T+49 30 400 542 55
mail@progressiveszentrum.org

Vorstand:
Michael Miebach, Judith Siller,
Katarina Niewiedzial, Thomas Kralinski
Geschäftsführung:
Dominic Schwickert

Bilder
Ulrike Sommer (K. Schmelz)
Alexander Schmidt (D. Dohmen)

Gestaltung & Layout
yella park



Weitere Policy Papers des Clusters
„The Politics of Inequality“
→ [www.progressives-zentrum.org/
covid-19-und-soziale-ungleichheit](http://www.progressives-zentrum.org/covid-19-und-soziale-ungleichheit)

Imprint

The Politics of Inequality Perceptions, Participation and Policies

ist ein interdisziplinärer Exzellenzcluster an der Universität Konstanz und wird seit Januar 2019 im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern gefördert. Die Kluft zwischen Arm und Reich, der weltweite Aufstieg von Populisten, die Lastenverteilung im Kampf gegen den Klimawandel, ungerecht verteilte Bildungschancen – in aktuellen Debatten geht es immer auch um Ungleichheit. Die Zusammenhänge sind komplex, an wissenschaftlich fundierten Antworten mangelt es aber noch. Hier setzen wir an und erforschen „The Politics of Inequality“ – die politischen Ursachen und Folgen von Ungleichheit.

– inequality.uni.kn  [@EXCInequality](https://twitter.com/EXCInequality)

Gefördert durch:

DFG Deutsche
Forschungsgemeinschaft
EXC-2035/1–390681379

Das Progressive Zentrum

ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver AkteurInnen unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche „Zukunft der Demokratie“, „Strukturwandel“ sowie „Internationale Beziehungen“ mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (u. a. Frankreich, Polen, Großbritannien) sowie in den USA.

– progressives-zentrum.org  [@DPZ_Berlin](https://twitter.com/DPZ_Berlin)

 [@dasprogressivezentrum](https://www.facebook.com/dasprogressivezentrum)